

Warum die bürgerlichen Parteien den Kampf um die grösste Stadt der Ostschweiz verloren haben

Die (St.) Gallier der Ostschweiz

Die Ostschweiz ist bürgerliches Schlaraffenland. Kantonsparlamente und Regierungen sind fest in der Hand von SVP, FDP und Mitte. Die linksgrüne Opposition ist chancenlos. Alle sechs Ständeräte aus St. Gallen, Thurgau und den beiden Appenzell sind bürgerlich. Von den 20 Nationalräten gehören seit den vergangenen Wahlen nicht weniger als 16 einer bürgerlichen Partei an.

Bloss eine Gemeinde, und dann erst noch die mit Abstand grösste, schert aus dieser konservativen Phalanx aus. Fast wie weiland die Gallier, die sich den römischen Machtansprüchen widersetzen, geht die Stadt St. Gallen eigene politische Wege. Die 82 000-Einwohner-Kommune wird seit acht Jahren von einer Mitte-links-Mehrheit regiert. St. Gallen folgte damit 2016 einem Trend, der in allen anderen grösseren Schweizer Städten schon früher zu beobachten war. Die Linke löste den Freisinn und die Mitte als dominierende Kraft ab. In Städten wie Zürich, Bern oder Lausanne kann Rot-grün schalten und walten, wie es beliebt. So weit ist es in St. Gallen nicht. Ohne die GLP, die in finanzpolitischen Fragen eher bürgerlich tickt, geht im Stadtparlament nichts. Sie ist das Zünglein an der Waage.

An den Wahlen vom 22. September bietet sich nun der bürgerlichen Opposition, die im fünfköpfigen Stadtrat bloss noch einen Sitz innehat, theoretisch die Gelegenheit, die Mehrheitsverhältnisse ein wenig zu ändern. Doch man darf die Prognose wagen: Die gleichzeitige Wahl von Mathias Gabathuler (FDP, bisher) und



Die Mitglieder des St. Galler Stadtrats (v.l.): Mathias Gabathuler, Sonja Lüthi, Maria Pappa, Markus Buschor und Peter Jans. Bild: Marius Eckert

Patrik Angehrn (Mitte, neu) wäre eine mittlere Sensation. Viel eher dürften die fünf amtierenden Stadträte – vier davon dem linksliberalen Lager zugehörig – wiedergewählt werden. Nicht viel besser präsentiert sich für die Bürgerlichen die Ausgangslage im Stadtparlament. Auch dort zeichnet sich kein Rechtsrutsch ab. Die Mitte-links-Mehrheit scheint fest im Sattel zu sitzen.

So mächtig die Bürgerlichen in den Kantonen (und den mittleren und kleineren Gemeinden) sind, so konzeptlos wirken sie in der grössten Ostschweizer Stadt: Es fehlt ihnen einerseits charismatisches Personal, um die etablierten Kräfte ernsthaft

herauszufordern. Andererseits machen Stadtrat und Parlament mit ihrem moderaten Linkskurs offenbar eine Politik, die von einer Mehrheit der städtischen Bevölkerung goutiert wird. Tempo 30, mehr Bäume, Velowege. Das urbane Publikum, das hier lebt und im Unterschied zu den Agglomerationsmenschen die Stadt nicht bloss als Fussballstadion, Ausgehmeile und Shoppingarena begreift, stützt diesen Kurs. Dies zeigen mehrere Abstimmungen in der ablaufenden Legislatur, die der Stadtrat locker gewann. Das Abstimmungsverhalten der Städterinnen und Städter hebt sich auch in kantonalen oder nationalen Fragen deutlich

vom umliegenden, bürgerlich-konservativen Land ab. Die Stadt ist politisch näher bei Genf und Zürich als bei Oberriet, Urnäsch und Amriswil.

Der Stadt-Land-Graben ist in der Ostschweiz eher grösser geworden. Dies zeigt sich aktuell wieder bei den kantonal-st. gallischen Diskussionen um eine Publikumsbibliothek, wo es bürgerlichen Politikern relativ einfach gelingt, Stimmung gegen das Grossprojekt in der Stadt zu machen. Und es zeigt sich in der leidigen Diskussion um die Zentrumslasten. Während die Stadt eine Entlastung reklamiert, sehen Landvertreter keinen Handlungsbedarf.

Die Ostschweiz als Randregion kann sich interne Grabenkämpfe nicht leisten. Ein Kanton, der seine Hauptstadt absichtlich schwächt, schadet sich selbst. So zementiert die Machtverhältnisse hüben wie drüben sind: Stadt und Land sollten aufeinander zugehen. Im Interesse einer starken, prosperierenden Ostschweiz.



Stefan Schmid
stefan.schmid@chmedia.ch